

*Stähler*

## Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum

### Kurzfassung der Strukturberichterstattung 1987 des DIW\*

*Der vorgelegte Strukturbericht bildet den Abschluß der dritten Runde der Strukturberichterstattung. Die gesamtwirtschaftlich orientierte Analyse der strukturellen Entwicklung umfaßt mittlerweile einen Zeitraum von 2½ Jahrzehnten. Aus Aktualitätsgründen, aber auch aufgrund des Regierungswechsels und der Umorientierung in der Wirtschaftspolitik, ist das Augenmerk vor allem auf die Periode von 1980 bis 1986 gerichtet. Viele Ursachen und Ausprägungen des Strukturwandels in dieser Periode sind aber in einer Entwicklung begründet, die bereits 1973 einsetzte und durch Wachstumsraten unterhalb des Potentialwachstums und steigende Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist; diese Entwicklung war von wirtschaftspolitischen Gegensteuerungsversuchen ohne durchschlagenden Erfolg begleitet — zumindest was das Vollbeschäftigungsziel betrifft.*

#### Strukturwandel und gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Probleme sind nicht unabhängig voneinander. Eine über längere Zeit ungenügende gesamtwirtschaftliche Nachfrage führt zum Wegfall alter Arbeitsplätze, für die im Strukturwandel nicht im notwendigen Umfang neue geschaffen werden. Auch von 1980 bis 1986 konnte der Wegfall alter Arbeitsplätze nicht ausgeglichen werden. Unternehmen mit neuen Produkten haben es in Zeiten ungenügender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage schwer, sich durchzusetzen. Die Erschließung neuer Märkte bereitet dann besondere Schwierigkeiten.

Gesamtwirtschaftliche Angebots- und Nachfrageschocks, wie sie die beiden Ölpreiserhöhungen darstellen, setzen sich in strukturelle Probleme um. Gesamtwirtschaftliche Maßnahmen sind aber zur Lösung gesamtwirtschaftlich verursachter Beschäftigungsprobleme in der Regel nicht ausreichend. Allerdings wird auch eine nur auf Strukturverbesserung zielende Angebotspolitik

ohne Erfolg bleiben, wenn sie nicht gesamtwirtschaftlich durch ausreichende Nachfrage abgesichert wird.

Für die *Wirtschaftspolitik* ergibt sich aus diesen Überlegungen, daß eine Verbesserung der strukturellen Situation zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Verbesserung der Beschäftigungssituation ist. Das gleiche gilt auch für die globale Verbesserung der Angebotsbedingungen.

Gemessen an der Entwicklung der Einkommensverteilung wurde mit angebotspolitischen Maßnahmen das Ziel der Gewinnverbesserung in hohem Maße erreicht. Wenn Investitionen und Wachstum dessen ungeachtet unbefriedigend bleiben, stellt sich aber die Frage, ob nicht Angebotspolitik durch eine auf ausreichende gesamtwirtschaftliche Wachstumsbedingungen setzende Nachfragepolitik

\* Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum. Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1987 (im Auftrage des Bundesministers für Wirtschaft). Erscheint in: Beiträge zur Strukturpolitik, Heft 103. Berlin 1988.

hätte ergänzt werden müssen. Darüber hinaus ist die Subventionspolitik nach wie vor eher an der Erhaltung alter als an der Förderung neuer Arbeitsplätze orientiert. Eine „globale“ Angebotspolitik, die die strukturelle Entwicklung nicht in ihre Überlegungen einbezieht, muß selbst bei der Beeinflussung der Angebotsseite der Volkswirtschaft unvollkommen bleiben.

Wachstum und Strukturwandel wurden ganz wesentlich — auch auf sektoraler Ebene — von der *Exportentwicklung* getragen. Die Exportabhängigkeit hat zugenommen. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist für sich genommen positiv. Exportgetriebenes, insgesamt aber schwaches Wachstum deutet jedoch auf eine zu geringe inländische Dynamik hin. Der Strukturwandel zur Erschließung inländischer Wachstumsfelder ist offensichtlich nicht so vorangekommen, wie es — nicht nur aus Beschäftigungsgründen — erwünscht gewesen wäre. Zu nennen ist hier die Entwicklung der Dienstleistungen, die zunehmend in das Spannungsfeld der Aktivitäten von Wirtschaft und Staat geraten. Wenn es nicht gelingt, vorurteilsfrei über die Entwicklungsperspektiven bei privaten, aber auch staatlichen Dienstleistungen nachzudenken, ist zu befürchten, daß die Wachstumsspielräume des Dienstleistungssektors nicht ausgeschöpft werden. Die Debatte um die Begrenzung staatlicher Aktivitäten hat auch den Blick dafür verstellt, daß bestimmte Zukunftsaufgaben nur erfüllt werden können, wenn Initiativen entfaltet werden, die von den öffentlichen Haushalten ausgehen. Dies gilt für bestimmte Bereiche des Umweltschutzes. Ein weiteres Problem erwächst aus der zunehmenden Veraltung großer Teile unserer Infrastruktur. Auch wenn man berücksichtigt, daß sich der Bedarf in einigen Bereichen rückläufig entwickelt, ist der Modernitätsgrad des Infrastrukturbestandes insgesamt unbefriedigend.

Eine stark exportgetriebene Entwicklung ist auch deswegen problematisch, weil man angesichts sehr hoher Leistungsbilanzüberschüsse mit *Reaktionen der Handelspartner* zu rechnen hat. Strukturwandel, der einseitig auf diesen Weg setzt, kann sich als Fehlentwicklung erweisen, die auf Dauer nicht durchzuhalten ist und den Zwang zu erneuter Strukturanpassung erzeugt. Um jedes Mißverständnis auszuschließen: Die Bundesrepublik Deutschland wird immer zu den Ländern gehören, die stärker als andere in die internationale Arbeitsteilung eingebunden sind. Insofern sind hohe Exportquoten auch eine der Voraussetzungen für die Sicherung des Einkommensniveaus. Die Konsequenz einer derartigen Strategie müssen aber entsprechend hohe Importe bilden, so daß über einen längeren Zeitraum hinweg nur moderate Leistungsbilanzüberschüsse entstehen. Hierzu ist eine stärkere Erschließung der Binnennachfrage notwendig, als wir sie in den letzten Jahren beobachten konnten. Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wirtschaftswachstum kann zum Ausgangspunkt neuer struktureller Schwierigkeiten werden.

## Veränderungen in den Ausgangs- und Rahmenbedingungen

Neben demographischen und technischen Entwicklungen sind die *außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen* ein wesentliches Moment der jüngsten strukturellen Veränderungen der deutschen Wirtschaft; hierzu gehören die Wechselkursschwankungen, vor allem gegenüber dem Dollar, die Ölpreis- und Rohstoffpreisentwicklung ebenso wie die handelspolitische Situation und die Beziehungen zu den Entwicklungsländern.

Eine große Gefahr für die Stabilität der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht von der *internationalen Verschuldungskrise* aus. Für die Industrieländer ist dreierlei dringend geboten: Einmal muß verhindert werden, daß restriktivere Geld- und Kapitalmarktkonditionen auf die Entwicklungsländer durchschlagen. Zweitens muß die Entwicklungshilfe stark aufgestockt werden, damit der interne Anpassungsprozeß in hoch verschuldeten Entwicklungsländern, die bei eigenen Sanierungsanstrengungen sichtbare Erfolge aufweisen, gezielt erleichtert wird. Und drittens setzt eine Entspannung der internationalen Verschuldungskrise voraus, daß die Industrieländer im Rahmen der weltweiten Arbeitsteilung zu einer liberalen Außenhandelspraxis mit der dazugehörigen Umstrukturierung ihrer Wirtschaften zurückfinden. Es zeigt sich nämlich, daß unter den gegebenen Bedingungen hoch verschuldete Entwicklungsländer trotz Umschuldung und oft energischer Anpassungspolitik mit ihren Problemen nicht aus eigener Kraft fertigwerden. Eine Verringerung der Schuldenlast der Mehrzahl der Entwicklungsländer ist für die einzelnen Industrieländer unterschiedlich zu beurteilen, und zwar je nachdem, wie groß das Kreditengagement einzelner Banken ist und inwieweit daraufhin bereits Wertberichtigungen vorgenommen wurden. Für die deutschen Banken ist hier die Situation vergleichsweise günstig. Auf jeden Fall sollte bei einer Verringerung der Schuldenlast sichergestellt werden, daß die Eigenanstrengungen zur binnen- und außenwirtschaftlichen Sanierung nicht nachlassen, sondern eher gestärkt werden.

Deutliche Wandlungen in den Rahmenbedingungen unternehmerischen Handelns finden sowohl auf EG-Ebene als auch in der internationalen Industrie- und Handelspolitik statt. Auf *EG-Ebene* ist insbesondere die am 1. Juli 1987 in Kraft getretene einheitliche europäische Akte zu nennen, die die Grundlage für die Vollendung des Binnenmarktes und die Errichtung der Technologiegemeinschaft ist.

In der *Industriepolitik* ist in den meisten Industrieländern eine Umorientierung zu beobachten. Neben den Erhaltungssubventionen für Altindustrien birgt auch die Hochtechnologieförderung — insbesondere in staatlich beeinflussten Sektoren — die Gefahr der Entwicklung von schwer entwirrbaren Rechts- und Legitimitätsproblemen. In der Handelspolitik hat sich der Hang zu sektoralen „Lö-

sungen" verstärkt. Dies steht dem zentralen Anliegen des GATT zur Durchsetzung nichtdiskriminierender, multilateraler Regelungen entgegen. Charakteristisch für die wachsenden Probleme der internationalen Handelspolitik ist die ungebrochene Zunahme der „Grauzonen“-Maßnahmen, also jener Praktiken der Importabwehr wie „Orderly marketing arrangements“ oder „freiwilliger“ Exportbeschränkungen.

Aufgrund der starken Außenhandelsverflechtung der Bundesrepublik mit EG-Ländern haben protektionistische Tendenzen in Drittländern bisher eine vergleichsweise geringe Bedeutung für die Exportwirtschaft der Bundesrepublik. Insbesondere in den USA ist für die Zukunft jedoch keineswegs auszuschließen, daß Protektionsmaßnahmen ein zunehmendes Gewicht erlangen.

Von besonderer Bedeutung war die *Entwicklung der Rohölpreise*. Der Rohölpreisverfall hat in Verbindung mit dem Verfall des US-Dollars die Ölrechnung für die Bundesrepublik 1986 im Vergleich zum Vorjahr mehr als halbiert. Diese Entlastung entsprach rechnerisch 1,7 vH des Bruttosozialprodukts. Die positiven Impulse des Ölpreisverfalls dürften jedoch durch die verschlechterte preisliche Wettbewerbsposition, die mit der DM-Aufwertung Hand in Hand ging, zumindest teilweise kompensiert worden sein. Auch die geringeren Importe der OPEC-Länder haben ihren Teil zu dieser Entwicklung beigetragen. Modellsimulationen haben ergeben, daß alles in allem der Anstieg des Bruttosozialprodukts deutlich kleiner als der ursprüngliche Impuls des Ölpreisverfalls auf die Realeinkommen gewesen ist.

### **Die Bundesrepublik Deutschland als internationaler Unternehmensstandort**

Steigende Schuldendienstzahlungen und zurückgehende Einnahmen aus dem Rohstoffgeschäft schränkten die Kaufkraft der Mehrzahl der Entwicklungsländer in den achtziger Jahren immer mehr ein. Demgegenüber gingen in dieser Zeit von Nordamerika und Ostasien erhebliche Impulse für den internationalen Handel aus.

Die starken *Wechselkursveränderungen* insbesondere in den achtziger Jahren hatten erhebliche Auswirkungen auf Niveau und Struktur der Handelsströme. Die gegenüber den einzelnen ausländischen Währungen sehr unterschiedlichen Auf- und Abwertungen der D-Mark beeinflussten die Regionalstruktur und die Warenstruktur der deutschen Ausfuhr. Durch die jüngsten Veränderungen des realen Wechselkurses sind zwar im wesentlichen jene preislichen Wettbewerbsverhältnisse wiederhergestellt worden, die vor den drastischen Ölpreis- und Dollarkursbewegungen herrschten. Dazwischen liegen jedoch beträchtliche Anpassungsvorgänge infolge der ungewöhnlich schnellen und starken Schwankungen des Dollarkurses.

In der *Leistungsbilanz* wurde in jüngster Zeit der Einfluß der Wechselkursveränderungen ganz deutlich. Seit der Überwindung der ölpreisinduzierten Defizite von 1979 bis 1981 erzielte die Bundesrepublik bei steigendem Dollarkurs ständig zunehmende Leistungsbilanzüberschüsse. Einen historischen Höchststand erreichten diese aber erst 1986, als sich die Einfuhren der Bundesrepublik im Zuge der erneuten DM-Aufwertung sowie des Ölpreisverfalls stark verbilligten. Da die DM-Ausfuhrpreise nur leicht nachgaben, kam es zu einer starken Verbesserung der Terms of Trade, d.h. der Relation von Ausfuhr- und Einfuhrpreisen. Der reale Außenbeitrag schrumpfte dagegen schon, da die realen Ausfuhren nur noch wenig zunahmen, während die realen Einfuhren schneller stiegen. Es ist zu vermuten, daß die *Handelsbilanz* kurz- bis mittelfristig auf die (realen) Wechselkursveränderungen reagiert. Längerfristig, etwa über einen 5-Jahres-Zeitraum, dürften Einflüsse in entgegengesetzter Richtung wirksam werden: Der in der ersten Hälfte der achtziger Jahre sinkende D-Mark-Außenwert kann auch als Reaktion auf die Verschlechterung der Ausfuhr-Einfuhr-Relation in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre angesehen werden. Dasselbe träfe dann umgekehrt für die Entwicklung nach 1986 zu.

Die Beeinträchtigung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit durch die jüngste Abwertung des US-Dollars war für die deutsche Wirtschaft weniger stark als für die japanische. Legt man die Überschneidung der Absatzgebiete sowohl in der bilateralen Handelsverflechtung als auch auf Drittmärkten zugrunde, dann wirkt sich eine Veränderung des US-Dollarkurses besonders stark auf die japanische Ausfuhr aus. Erheblich geringer ist die Wirkung auf die europäischen Länder, vielleicht mit Ausnahme Großbritanniens. Für die Bundesrepublik sind in erster Linie die *europäischen Währungsrelationen* von Bedeutung. Hinzu kommt, daß die Wirkungen von Wechselkursveränderungen auf die realen Handelsströme und auf die Terms of Trade durch teilweise entgegenwirkende Preisreaktionen abgeschwächt werden.

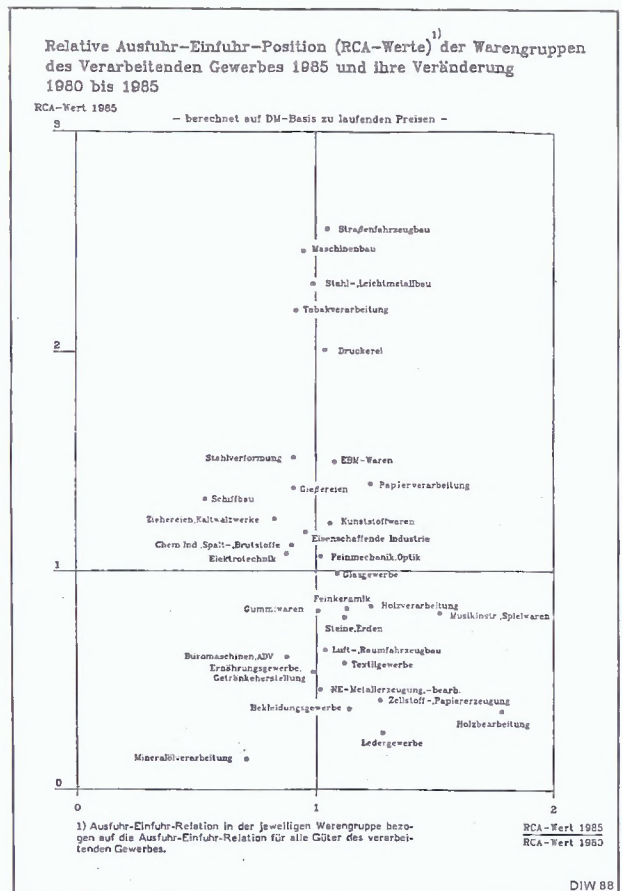
Zur Beurteilung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen werden häufig auch *steuerliche Indikatoren* herangezogen. Eine Analyse der steuerlichen Belastungen von Unternehmen auf der Basis der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für sieben Länder in Sektorgliederung zeigt, daß die Abgabenbelastung von Unternehmen und privaten Haushalten in den großen vier EG-Ländern, in Dänemark, den USA sowie in Japan sehr unterschiedlich ist. Diese Unterschiede werden maßgeblich durch die Höhe der staatlichen sozialen Sicherung und die Art ihrer Finanzierung geprägt: Die europäischen Länder setzen hier in stärkerem Maße auf kollektive Systeme gegenüber privaten Initiativen und sehen dies nicht zuletzt als Preis auch für gesellschaftliche Stabilität an. Ebenso sind in bezug auf die Steuerstruktur und -belastung größere Unterschiede festzustellen: Einzelne Länder — wie Frankreich — bevorzugen die Produktions-

steuern, andere — wie Japan, die USA und Italien — die direkte Besteuerung von Einkommen und Vermögenserträgen, während in den übrigen Ländern, darunter auch in der Bundesrepublik, das Verhältnis von direkten und indirekten Steuern nahezu gleich ist. Die Steuerlast, die dabei unmittelbar von den Unternehmen getragen werden muß, ist aus gesamtwirtschaftlicher Sicht allerdings in allen Ländern anteilmäßig gering.

Zur Ermittlung der *komparativen Wettbewerbssituation* der Bundesrepublik wird eine Reihe von Indikatoren ermittelt, die freilich nicht im Sinne invariabler Standortbedingungen interpretiert werden dürfen. Die Zerlegung der Ausfuhrposition der Bundesrepublik in eine Waren- und eine Länderkomponente deutet an, daß die über- bzw. unterdurchschnittlichen Anteile jeweils vor allem auf eine allgemeine, alle Abnehmerländer betreffende Wettbewerbsstärke bzw. -schwäche bei den jeweiligen Produkten zurückzuführen sind. Ergänzende Regressionsergebnisse zeigen, daß Nachfragestruktur und Entfernung signifikante Bestimmungsgründe des deutschen Ausfuhranteils darstellen: Dieser ist tendenziell umso größer, je mehr sich die Importnachfrage eines Landes auf Warengruppen mit besonders hohem deutschen Weltmarktanteil erstreckt, und er sinkt mit zunehmender Entfernung des Landes. Außergewöhnlich gut ist die Marktposition der Bundesrepublik in den RGW-Ländern; die starke Position der Bundesrepublik auf den westeuropäischen Ausfuhrmärkten erklärt sich vermutlich mehr durch die geographische Nähe als durch handelspolitische Bevorzugung. Für einige Länder spielen historische Beziehungen bei den internationalen Handelsbeziehungen eine deutliche Rolle.

Für die Bundesrepublik ist der *Welthandel mit Industriewaren*, gemessen am zusammengefaßten Industriewarenexport der wichtigsten westlichen Industrieländer, von besonderer Bedeutung. Insgesamt konnte die Bundesrepublik im Handel mit Westeuropa ihre Marktanteile halten; dies geschah aber vor dem Hintergrund einer insgesamt schwachen Handelsausweitung. Demgegenüber konnten die Exporteure aus der Bundesrepublik das rasche Wachstum der Importmärkte in den USA nicht voll nutzen, obwohl die Struktur der amerikanischen Warenimporte die Bundesrepublik stark begünstigt hat. Kräftig expandierten in den achtziger Jahren auch die Importe der asiatischen Schwellenländer. Auch hier ergaben sich für die Bundesrepublik Marktanteilsverluste, die jedoch durch Effekte eines günstigen Warensortiments nahezu kompensiert wurden. Die Bundesrepublik schneidet in der ersten Hälfte der achtziger Jahre bei der Entwicklung der Ausfuhrmarktanteile alles in allem gut ab. Der Rückgang des deutschen Anteils — gemessen zum jeweiligen Dollarkurs — in diesem Zeitraum ist zum Teil Ausdruck des heftigen Dollarkursanstiegs, spiegelt aber auch das weitere Vordringen Japans auf den Weltmärkten wider.

Die deutsche Ausfuhr ist in der ersten Hälfte der achtziger Jahre in Relation zur Einfuhr insgesamt gestiegen.



Dasselbe gilt in der Regel auch für die einzelnen Warengruppen. Zur Charakterisierung des deutschen *Spezialisierungsmusters* werden die warengruppenspezifischen Ausfuhr-Einfuhr-Relationen auf die Ausfuhr-Einfuhr-Relation aller Güter des verarbeitenden Gewerbes bezogen.

Die Veränderungen des ermittelten Indikators von 1980 bis 1985 zeigen, daß die komparativen Vorteile für die Investitionsgüterindustrien und die Chemie geringer geworden sind, während sich die Ausfuhr-Einfuhr-Position von Verbrauchsgüterindustrien und verschiedenen Grundstoffindustrien relativ verbessert hat. Das Spezialisierungsmuster hat sich mithin von den Investitionsgüterproduzierenden Industrien zu den anderen Bereichen verschoben. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich vor allem die intra-industrielle Arbeitsteilung stark ausgeweitet hat und somit die Warenstrukturen bei Ausfuhr und Einfuhr immer ähnlicher geworden sind. Entgegen dem Trend weisen bei der Mineralölverarbeitung sowie der Herstellung von Büromaschinen und ADV die Werte auf eine Verstärkung der komparativen Nachteile hin, während bei Kunststoffwaren, Straßenfahrzeugen, EBM-Waren, Papierwaren und Druckerzeugnissen die komparativen Vorteile zugenommen haben.

In der Diskussion um die Wettbewerbsfähigkeit wird den technologisch hochwertigen Gütern vielfach besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Legt man eine erwei-

terte Abgrenzung für *technologie-intensive* Güter zugrunde, so zeigt sich, daß die Bundesrepublik auf diesen Bereich besonders spezialisiert ist; sie wird darin lediglich von Japan übertroffen. Die starke Position der Bundesrepublik bei technologie-intensiven Gütern insgesamt stützt sich auf überdurchschnittlich hohe Anteile bei Straßenfahrzeugbau-, Maschinenbau- und Chemieerzeugnissen — sie machen zusammen rund zwei Drittel der technologie-intensiven Ausfuhr aller westlichen Industrieländer aus — und hat damit eine sehr breite Basis. Die Spezialisierung auf technologie-intensive Güter ist bei der deutschen Ausfuhr in der ersten Hälfte der achtziger Jahre allerdings zurückgegangen. Dies ist auf die im Vergleich zu Japan langsamere Zunahme der Ausfuhr von elektrotechnischen Erzeugnissen, Büromaschinen und ADV, feinmechanischen und optischen Produkten sowie Straßenfahrzeugen zurückzuführen.

Beschränkt man sich in einer engeren Abgrenzung auf Güter der *Spitzentechnologie*, so ergibt sich ein ganz anderes Bild. Hier rangieren die Bundesrepublik und Japan erst nach den USA, Großbritannien und Frankreich. Die Bundesrepublik weist eine überragende Marktstellung bei Kernreaktoren und Windkraftmaschinen auf und ist auch bei „anderen organischen Chemikalien“, optischen Instrumenten, medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnissen sowie Desinfektionsmitteln und Insektiziden stark. Relativ schwach ist die deutsche Ausfuhrposition bei Triebwerken, Elektronenröhren und elektronischen Mikroschaltungen sowie automatischen Datenverarbeitungsmaschinen.

Die zu Beginn der achtziger Jahre überwiegend ungünstige Einschätzung der technologischen Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft beruhte auch auf einer Überbetonung des engen Bereichs der Spitzentechnologie und einer Unterschätzung des Bereichs gehobener Gebrauchstechnologie. Die Gegenüberstellung der Ausfuhr und Einfuhr von technologie-intensiven Gütern zeigt, daß die Bundesrepublik hier weiterhin über eine gut fundierte Position verfügt. Diese hat sich allerdings gegenüber Japan verschlechtert.

Im Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit, zunehmend aber auch unter den Aspekten der Beschäftigungswirkung wird die Diskussion um die *Direktinvestitionen* geführt. Ein Nachweis, daß bei einem Verzicht auf Direktinvestitionen heimische Arbeitsplätze gesichert werden, ist bisher nicht erbracht worden. Vielmehr spricht vieles dafür, daß auf lange Sicht die Position der deutschen Unternehmen und damit auch die Beschäftigung im Inland durch Direktinvestitionen verbessert werden. Maßnahmen, die Direktinvestitionen aus Furcht vor dem Verlust inländischer Arbeitsplätze zu beschränken, wären daher verfehlt. Wertet man die Präsenz eigener Unternehmen auf ausländischen Märkten als Indikator für die künftige Wettbewerbsfähigkeit eines Landes, so bestätigen sich im internationalen Vergleich die Tendenzen, die in den letzten Jahren aus der Handelsentwicklung abge-

lesen werden konnten: Die Position der USA ist insgesamt immer noch sehr stark, sie hat sich aber im Vergleich zu den Konkurrenten deutlich verschlechtert. Große Potentiale für die Zukunft hat sich Japan aufgebaut. Die Bundesrepublik Deutschland liegt in diesem Wettlauf an zweiter Stelle vor Großbritannien und den USA.

### Verhalten der privaten Haushalte

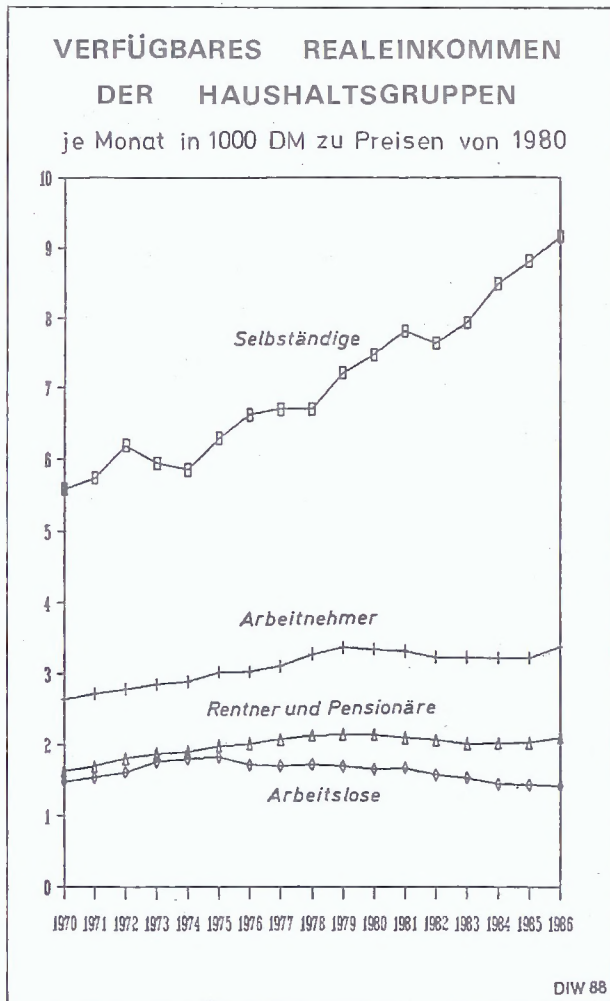
Die privaten Haushalte sind in vielfältiger Weise am wirtschaftlichen Geschehen beteiligt. Einerseits geht es dabei um ihr *Erwerbsverhalten*, andererseits um ihr Verhalten als Nachfrager nach Gütern des privaten Verbrauchs. Das Bindeglied dieser beiden Verhaltensaspekte ist die Entwicklung der Einkommen als Resultat der Beteiligung am Wirtschaftsprozess und als Voraussetzung für die Entfaltung von Konsumnachfrage.

Der ständig gewachsene Anteil derjenigen Jugendlichen, die gehobene, insbesondere akademische Ausbildungswege eingeschlagen haben, und die Verlängerung der Verweildauer im Hochschulbereich haben die Erwerbsbeteiligung der jüngeren Bevölkerung auch jenseits des 20. Lebensjahres tendenziell gesenkt. Die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 55 Jahren ist dagegen — fast ausschließlich infolge des Verhaltens verheirateter oder geschiedener Frauen — deutlich gestiegen. Die Erwerbsquoten der 55- bis 60jährigen Männer gingen von Mitte der siebziger Jahre an zurück; dies ist vermutlich im wesentlichen auf die ungünstige Lage am Arbeitsmarkt zurückzuführen. Die Erwerbsbeteiligung der 60- bis unter 65jährigen Männer halbierte sich in der Zeit von 1972 bis 1985 infolge der Einführung der flexiblen Altersgrenze (1973) auf knapp 33 vH. Hier spielt die ungünstige Arbeitsmarktsituation allerdings auch eine wichtige Rolle.

Die *Entwicklung der Einkommen* zeigte erhebliche Unterschiede sowohl nach Einkommensarten als auch nach den verschiedenen sozialen Gruppen. Der Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen — die gesamtwirtschaftliche „Lohnquote“ — hat sich von 68 vH (1970) unter leichten Schwankungen auf 74 vH (1981) erhöht. Danach ist er Jahr für Jahr gesunken und bis 1986 mit knapp 69 vH nahezu auf den Stand von 1970 zurückgefallen.

In den achtziger Jahren ist die Summe der entnommenen Gewinne doppelt so stark gestiegen wie das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. Kräftiger als alle übrigen primären Einkommen entwickelten sich die Vermögenserträge. Der Anteil der Vermögenseinkommen stieg von knapp 7 vH des Volkseinkommens im Jahre 1970 auf 10 vH im Jahre 1986.

Entscheidend für die Entwicklung der Kaufkraft ist die Entwicklung der *Realeinkommen*, d.h. die Einkommensentwicklung unter Berücksichtigung der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung. In den siebziger Jahren ist



das durchschnittlich verfügbare Einkommen der Privathaushalte stärker gestiegen als das Preisniveau des privaten Verbrauchs — das „reale“ Haushaltseinkommen hat — wenn auch verlangsamt — zugenommen. Von 1981 bis 1983 ist das durchschnittlich verfügbare reale Haushaltseinkommen sogar gesunken; danach ist es bis 1986 wieder leicht gestiegen.

Für die selbständigen *Haushalte* außerhalb der Land- und Forstwirtschaft hat das verfügbare Realeinkommen weiterhin beachtlich zugenommen. Dagegen war 1985 die Kaufkraft des Einkommens für die Arbeitnehmer-Haushalte auf das Niveau von 1978, für die Haushalte von Rentnern und Pensionären auf den Stand von 1976 zurückgefallen. Landwirtschaftliche Haushalte hatten im Durchschnitt der achtziger Jahre ein nicht viel höheres Realeinkommen als in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts. Einen besonders starken Rückgang ihres Realeinkommens, der schon Mitte der siebziger Jahre einsetzte, mußten die Haushalte von Arbeitslosen hinnehmen. Mit der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit hat sich der Kontrast des Wohlstandsgefälles in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland augenfällig

verschärft; es ist ein neues Armutspotential und damit auch ein neues gesellschaftliches Konfliktpotential erheblichen Ausmaßes entstanden.

Die unterschiedliche Entwicklung des Realeinkommens hatte ein unmittelbares Pendant in der Entwicklung des *Pro-Kopf-Verbrauchs*. 1985 war der Pro-Kopf-Verbrauch der Selbständigen-Haushalte im Durchschnitt doppelt so hoch wie der von Arbeitnehmer-Haushalten. Je Haushaltsmitglied sind die Konsumausgaben in Arbeitslosen-Haushalten fast auf die Hälfte des Pro-Kopf-Verbrauchs in Arbeitnehmer-Haushalten gesunken.

Insgesamt haben die Strukturverschiebungen innerhalb des privaten Verbrauchs — Abnahme des Anteils der zu den Grundbedürfnissen gerechneten Ausgabenkategorien, Zunahme des Anteils der Ausgaben für Wohnungsmieten und für Haushaltsenergie, für Kfz-Haltung und für Bank- und Versicherungsleistungen — unmittelbar zu Änderungen in der Lieferstruktur der Wirtschaftszweige, die Konsumgüter produzieren, geführt. Strukturverluste beim Ernährungsgewerbe sowie bei der Land- und Forstwirtschaft und dem Textil- und Bekleidungs-gewerbe waren die Folge dieser Verlagerungen; diese Wirtschaftszweige werden zudem z.T. durch eine Verstärkung der Importkonkurrenz getroffen. Kräftige Anteilsgewinne konnten der Fahrzeugbau, die Wohnungsvermietung und die meisten Dienstleistungsbereiche verbuchen; an vorderster Stelle sind hier die Kreditinstitute und Versicherungen sowie das Gesundheits- und Veterinärwesen zu nennen.

Der Anteil der Importe an sämtlichen Warenkäufen im Inland hat sich weiter erhöht, auch wenn der Zuwachs im Zeitraum 1980 bis 1984 deutlich schwächer war als in den vorangegangenen Perioden.

### Staat und Strukturwandel

Die Einflußnahme des Staates auf den Strukturwandel gehört zu den am stärksten umstrittenen Sachverhalten; dies gilt für die normative wie die empirisch-analytische Seite. Durch den Regierungswechsel 1982 gewinnen diese Zusammenhänge besondere Brisanz, da die Ablösung der sozial-liberalen durch die christlich-liberale Koalition mit deutlichen Änderungen in den wirtschaftspolitischen Leitvorstellungen verbunden gewesen ist. Die ordnungspolitische Grundentscheidung für eine weitgehende Vorrangstellung privater Entscheidungsträger bei der Lösung wirtschaftlicher Probleme hat sich in einkommens-, arbeitsmarkt-, sozial-, finanz- und strukturpolitischen Entscheidungen der neuen Bundesregierung niedergeschlagen. Die Ziele einer Rückführung der Neuverschuldung des Staates und einer Senkung der Staatsquote sind hierbei zentrale Bausteine. Im Zeichen der Haushaltskonsolidierung sind von der *Finanzpolitik* von 1982 bis 1985 restriktive Einflüsse auf die Gesamtwirtschaft ausgegangen, so daß es auch von dieser Seite an

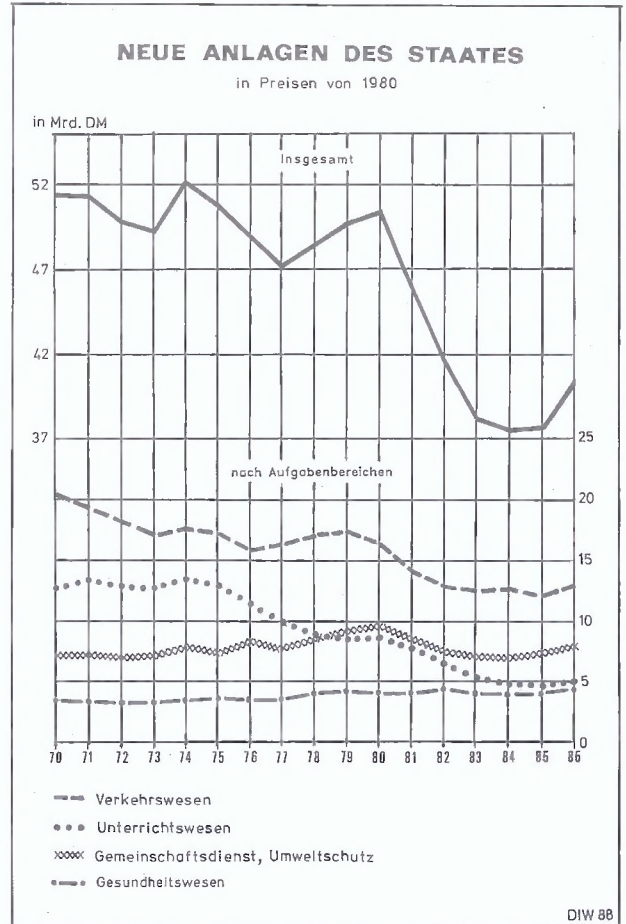
Dynamik fehlte. Erst im Jahr 1986 kam es nicht mehr zu restriktiven Einflüssen; bedingt durch die steuerlichen Entlastungen war die Finanzpolitik „potentialorientiert“.

Im Rahmen der Bemühungen um Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wurde Anfang der achtziger Jahre eine Reihe von gesetzlichen Maßnahmen ergriffen, welche die *soziale Sicherung* betreffen. Zu nennen sind hier die sog. „Operation 82“, das Gesetz zur Konsolidierung der Arbeitsförderung (1983), das Kostendämpfungsergänzungsgesetz (1981), die Haushaltsbegleitgesetze 1983 und 1984 und das Gesetz zur Stärkung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherungen 1985. Dadurch ist auf der einen Seite die Gesamtbelastung durch Beiträge auch nach 1983 weiter gestiegen, von den Maßnahmen zur Ausgabenkürzung blieb andererseits praktisch kein sozialer Bereich verschont. Der Anteil der Geldleistungen am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ist von 1982 bis 1986 um 1 1/2 Prozentpunkte auf 24,3 vH gesunken.

Das Ziel einer Reduzierung der globalen *Staatsquote* ist für sich genommen vordergründig, wie ein internationaler Vergleich zeigt. Auf globaler Ebene findet man keine generelle Bestätigung des behaupteten negativen Einflusses steigender Staatsquoten auf die volkswirtschaftliche Dynamik. Zur Beurteilung der Frage, ob der Staat mit seinem Finanzgebaren zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen beiträgt oder nicht, muß also die Zusammensetzung der Staatsausgaben untersucht werden. Dabei spielen die öffentlichen Investitionen eine herausragende Rolle. So ist in Japan, wo die staatlichen Aktivitäten insgesamt im internationalen Vergleich den geringsten Umfang aufweisen, der Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt deutlich höher als in den übrigen Staaten.

In der Bundesrepublik sind dagegen von der Konsolidierungspolitik vor allem die *staatlichen Investitionen* betroffen worden. 1986 hat der Staat in jeweiligen Preisen 7 Mrd. DM — das sind 8,5 vH — weniger für Bauten ausgegeben als 1980. Zu Preisen von 1980 haben die Anlageinvestitionen des Staates 1986 um ein Fünftel unter dem Niveau von 1980 gelegen; der drastische Rückgang Anfang der achtziger Jahre ist auch nach 1983 angesichts der auf Haushaltskonsolidierung gerichteten Politik kaum korrigiert worden. Aufgrund der ungelösten Finanzierungsprobleme haben vor allem die Kommunen ihre Investitionshaushalte eingeschränkt — mit entsprechenden sektoralen Wirkungen.

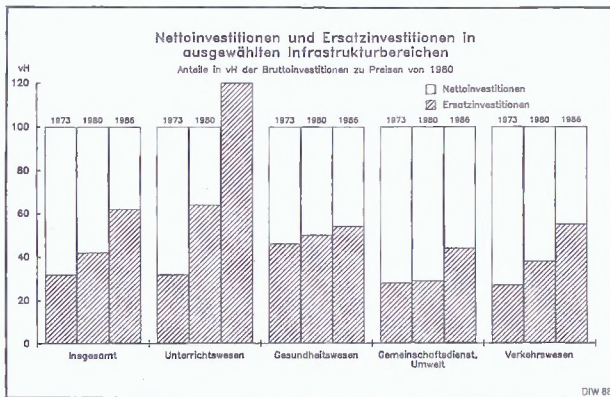
Besonders negativ wirkte sich dies auf die staatlichen Nettoinvestitionen aus. Der Anteil der Abschreibungen hat sich von 1980 bis 1986 von 42 vH auf 62 vH erhöht. Im Unterrichtswesen beispielsweise sind die Abschreibungen mittlerweile höher als die Bruttoinvestitionen. Auch in anderen staatlichen Aufgabenbereichen sind die *Ersatzinvestitionen* in Relation zu den Bruttoinvestitionen in den ersten sechs Jahren dieses Jahrzehnts kräftig gestiegen. Dies ist vor allem in jenen Bereichen ein Alarm-



zeichen, in denen heute schon erhebliche Versorgungslücken bestehen. Die scharfe Reduzierung des Investitionsvolumens hatte — besonders im kommunalen Bereich — kaum etwas mit einer bedarfsorientierten *Infrastrukturplanung* zu tun. Ein Zusatzbedarf ergibt sich vor allem bei den Umweltschutzinvestitionen. Auf Dauer unterlassene Investitionen, seien es solche zur Verminderung einer sich weiter beschleunigenden Umweltbelastung, seien es solche zur Behebung der Altlasten, sind eine Hypothek für die Zukunft, die angesichts ungenutzter sachlicher und personeller Kapazitäten als besonders unnötig anzusehen ist.

Die bei den *Subventionen* (Finanzhilfen und Steuervergünstigungen) mittlerweile erreichte Größenordnung steht in einem provozierenden Kontrast zu der geringen Transparenz der Subventionskriterien und der mangelnden Effizienzprüfung in Hinblick auf die angestrebten Ziele. Durch die Verknüpfung mit der 90er Steuerreform dominiert in der Debatte gegenwärtig der fiskalische Aspekt; nach wie vor werden Subventionen nicht instrumentell im Gesamtzusammenhang struktur- und wirtschaftspolitischer Ziele gesehen, sondern immer mehr als ein Haushaltsposten, der gekürzt werden muß.

Entgegen den wirtschaftspolitischen Absichten erhöhten sich von 1983 bis 1984 die Finanzhilfen des



Bundes und der EG sowie die Steuervergünstigungen um mehr als 11 Mrd. DM. In den letzten beiden Jahren setzt sich dieser Anstieg verhalten fort, soweit man es auf der Basis der vorliegenden, unvollständigen Informationen beurteilen kann. Der Anstieg der Subventionen von 1983 bis 1984 beruhte fast ausschließlich auf einer Ausweitung der Steuervergünstigungen. Besonders die Landwirtschaft hat hier ihren Anteil deutlich erhöht. Nach wie vor entfallen auf die Wirtschaftszweige Landwirtschaft, Wohnungsvermietung, Bundesbahn und Kohlenbergbau mehr als zwei Drittel der Finanzhilfen des Bundes und der EG. Bei der Bundesbahn machen die Subventionen seit Jahren ca. zwei Drittel der Bruttowertschöpfung aus; in der Landwirtschaft beträgt diese Relation mittlerweile 40 vH.

Eine Analyse der Subventionen nach den in den Subventionsbegründungen genannten *Zielen* läßt zwar gewisse Ansätze zur Umorientierung erkennen (Umweltschutz, F+E); die strukturkonservierenden Elemente haben aber nach wie vor das größte Gewicht. Auffällig ist auch hier, wie stark von 1983 bis 1986 innerhalb der Erhaltungsmaßnahmen die finanziellen Aufwendungen des Staates für den Agrarbereich zugenommen haben. Hierin kommen vor allem die aus unmittelbar sozialpolitischen Gründen gewährten Subventionen zum Ausdruck.

Gerade im *Agrarbereich* fehlt es an zukunftsgerichteten, tragfähigen politischen Zielvorstellungen. Die Erhöhung der Mehrwertsteuerpauschale und andere nationale Maßnahmen sind unter allokatons- und verteilungspolitischen Gesichtspunkten zu kritisieren. Innerhalb des Agrarbereichs sind andere politische Prioritäten zwingend notwendig. Hierzu gehören sicherlich die Rückkehr zu mehr marktwirtschaftlicher Preisgestaltung und die schrittweise Liberalisierung des europäischen Agrarmarkts. Dabei sind flankierende Maßnahmen einer individuell abgestimmten Einkommenssicherung erforderlich. Biologisch wirtschaftende und kleinere Höfe sollten stärker unterstützt werden als bisher; Kürzungen sollten bei den sog. Agrarfabriken mit einem ökologisch schädlich hohen Einsatz an Kunststoffdüngern, Pflanzenschutzmitteln und schweren Landwirtschaftsmaschinen sowie einem massiven Anteil von Schadstoffen (z.B. Gülle) vor-

genommen werden. Die von der Bundesregierung propagierten Flächenstilllegungen sowie die in die Diskussion gebrachte Umstrukturierung zugunsten nachwachsender Rohstoffe sind eher als Scheinbegründungen für die Vergabe weiterer Subventionen anzusehen als ernsthafte Versuche, eine vernünftige Landwirtschaftspolitik zu betreiben.

In den Fällen der unter Anpassungsdruck stehenden Wirtschaftszweige — Landwirtschaft, Kohle, Stahl, Werften — ist dem Gesichtspunkt internationaler Arbeitsteilung, die durch verstärkten *Subventionswettlauf* und Protektionismus behindert wird, besondere Aufmerksamkeit zu schenken. In keinem dieser Bereiche sollten Sicherheits- oder Autarkiegesichtspunkte, die sich durch die Einbeziehung in die EG ohnehin relativieren, so überzogen werden, daß es zu einer Abschottung gegenüber Drittländern kommt. Der Agrarbereich stellt einen der wesentlichen Auslöser für internationale Handelskonflikte dar; von der protektionistischen EG-Politik werden nicht nur die Entwicklungsländer getroffen, sondern auch die Verbraucher, die überhöhte Preise zahlen müssen. Dies gilt auch für den Kohlebereich.

Probleme des Subventionswettlaufs spielen aber auch bei der *Forschungsförderung* und der Subventionierung der *Luft- und Raumfahrt* eine nicht unbeträchtliche Rolle. Der Wettbewerb im Hochtechnologiebereich ist in einem bisher nicht gekannten Maße zu einem Wettbewerb zwischen Staaten und Wirtschaftsräumen geworden. Sehr umstritten ist besonders das staatliche Engagement bei technologischen Großprojekten. Hier sollte schon allein aus grundsätzlichen Erwägungen heraus sichergestellt werden, daß die Industrie nicht nur an der Projektwahl, sondern auch am Projektrisiko in hohem Maße beteiligt ist. Bei Überlegungen zu Subventionskürzungen sollte dieser Bereich ebenso wenig ausgeklammert werden wie die Subventionierung des Airbus und die Raumfahrt.

Ein weiterer Bereich, innerhalb dessen Umstrukturierungen und Kürzungen der Subventionen vorgenommen werden sollten, ist der *Wohnungsbau*. Hier geht es in erster Linie nicht um die direkte Förderung, sondern um die sehr viel höhere indirekte Förderung durch steuerliche Absetzungen, die 1984 allein 10 Mrd. DM ausmachten. Faktisch ergeben sich oft sehr viel höhere Vorteile aus den „normalen“ Regelungen des Einkommensteuerrechts. Wenn man die Steuerausfälle betrachtet, die sich aus der Verrechnung der Verluste aus Vermietung und Verpachtung mit anderen Einkünften ergeben, so muß man mittlerweile einen Betrag von 20 bis 25 Mrd. DM (1984) veranschlagen. Die wohnungspolitische Effizienz dieser Maßnahmen ist eher negativ zu beurteilen. Soweit die Mittel für den Erwerb bestehender Wohnungen eingesetzt werden, wird kein zusätzlicher Wohnraum geschaffen. Trotzdem nimmt der Staat hier wachsende Steuerausfälle in Kauf, weil er die Vermögensbildung begünstigen will. Aber auch das Angebot an neugeschaffenen Mietwohnungen ist nicht zuletzt wegen der Förderung

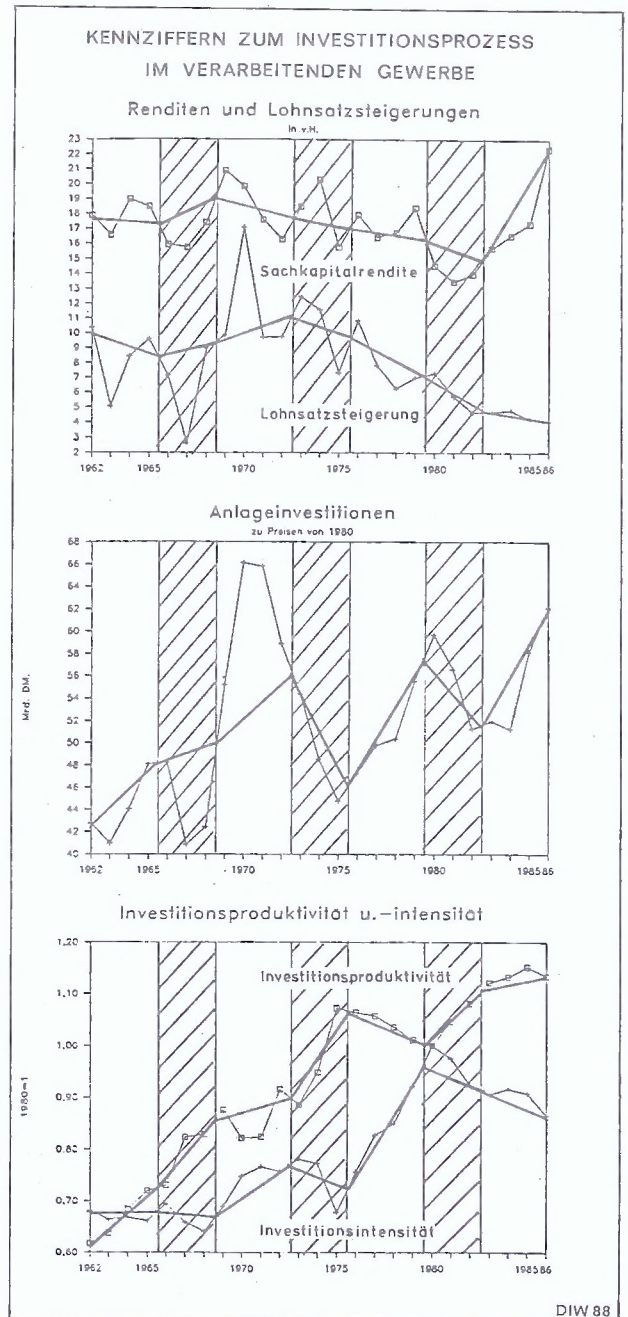
größtenteils viel zu teuer. Darüber hinaus ergeben sich insbesondere bei der Verrechnung der Verluste aus Vermietung und Verpachtung mit anderen Einkünften negative Verteilungswirkungen. Sie führen im wesentlichen zu Steuerersparnissen einkommenstarker Schichten.

### Verhalten der Unternehmen

Ein wichtiges Kriterium für den Erfolg unternehmerischen Handelns ist der *Gewinn*; wird er zum Eigenkapital in Beziehung gesetzt, so erhält man die *Eigenkapitalrendite*, in Relation zum eingesetzten Sachvermögen erhält man die *Sachkapitalrendite*. Die Eigenkapitalrendite der Produktionsunternehmen liegt im allgemeinen über der Sachkapitalrendite. Durch Finanzierung des Sachvermögens mit Krediten, deren Zinskosten unterhalb der Sachkapitalrendite lagen, ist es den Unternehmen gelungen, die Rentabilität ihres eingesetzten Kapitals um bis zu 8 Prozentpunkte über die Sachkapitalrendite zu erhöhen. Allerdings dient die zusätzliche Verschuldung nicht allein der Finanzierung des Sachvermögens. Hinzu kam, daß die Unternehmen in stärkerem Maße vorfinanzieren mußten. Die Hochzinspolitik, die Ende der siebziger Jahre einsetzte, hat innerhalb von vier Jahren zu einem Rückgang der Eigenkapitalrendite um 6 Prozentpunkte auf 21 vH geführt. Daß die Ursachen für den Verfall der Eigenkapitalrendite im Jahr 1982 kaum auf Entwicklungen im Produktionsbereich zurückzuführen sind, zeigt die Entwicklung der Sachkapitalrendite. Beide haben bis 1986 dann wieder deutlich zugenommen, die Eigenkapitalrendite allerdings schneller als die Sachkapitalrendite.

In den Wirtschaftszweigen war die Entwicklung der *Unternehmenseinkommen* in den sechziger und siebziger Jahren geprägt von gravierenden Strukturveränderungen. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an den Unternehmenseinkommen hat sich insbesondere in den siebziger Jahren vermindert. Profitiert haben von dieser Strukturverschiebung vor allem die sonstigen Dienstleistungen und die Finanzierungssektoren. Seit 1982 erzielt allerdings das verarbeitende Gewerbe ständig überdurchschnittliche Steigerungsraten bei den Unternehmenseinkommen. Beigetragen haben dazu vor allem die großen Investitionsgüterhersteller (Straßenfahrzeugbau, Maschinenbau, Elektrotechnik) sowie die chemische Industrie.

Renditeerhöhend sind Einsparungen bei den *Kosten*, die nicht in vollem Umfang an die Abnehmer weitergegeben werden. Im Vergleich zu den Vorleistungsaufwendungen haben die Aufwendungen für den Arbeitseinsatz ein sehr viel geringeres Gewicht. Für das verarbeitende Gewerbe machen sie nur ein Viertel des Produktionswertes aus, während 60 vH auf Vorleistungen entfallen. Angesichts der starken Preissteigerung für Mineralölprodukte hat das Gewicht der Vorleistungsaufwendungen seit Anfang der siebziger Jahre in denjenigen Branchen besonders zugenommen, bei denen die Energie- und



Rohstoffeinführen einen relativ großen Anteil an den Vorleistungskäufen haben (Mineralölverarbeitung, Chemie, Kunststoffwaren u.a.). Gravierende Veränderungen in die andere Richtung ergaben sich dann in den Jahren nach 1984. Diese Periode ist vor allem durch die Wirkung der Dollar-Abwertung 1985/1986 und den Ölpreisverfall im Jahre 1986 gekennzeichnet. Lediglich in der Mineralölverarbeitung ist es zu erheblichen Preisrückgängen gekommen, mit denen die Verbilligung der Vorleistungen weitgehend kompensiert worden ist. Dagegen sind in der chemischen Industrie nur geringe Rückgänge bei den Erzeuger- und Ausführpreisen zu beobachten; die Wertschöpfung ist preisbedingt innerhalb von zwei Jahren er-

heblich gestiegen. Neben einer um 2,7 vH gestiegenen Lohnquote ist dies vor allem den Gewinnen zugute gekommen. Die Sachkapitalrendite dieser Branche hat deutlich zugenommen. Eine ähnliche Entwicklung ist im Ernährungsgewerbe zu beobachten. Bei den meisten Wirtschaftszweigen überwiegen Preiserhöhungen sowohl bei den Erzeuger- als auch bei den Ausführpreisen, wobei sich die Vorleistungskosten und nicht selten auch die Lohnkosten im Anteil rückläufig entwickelt haben.

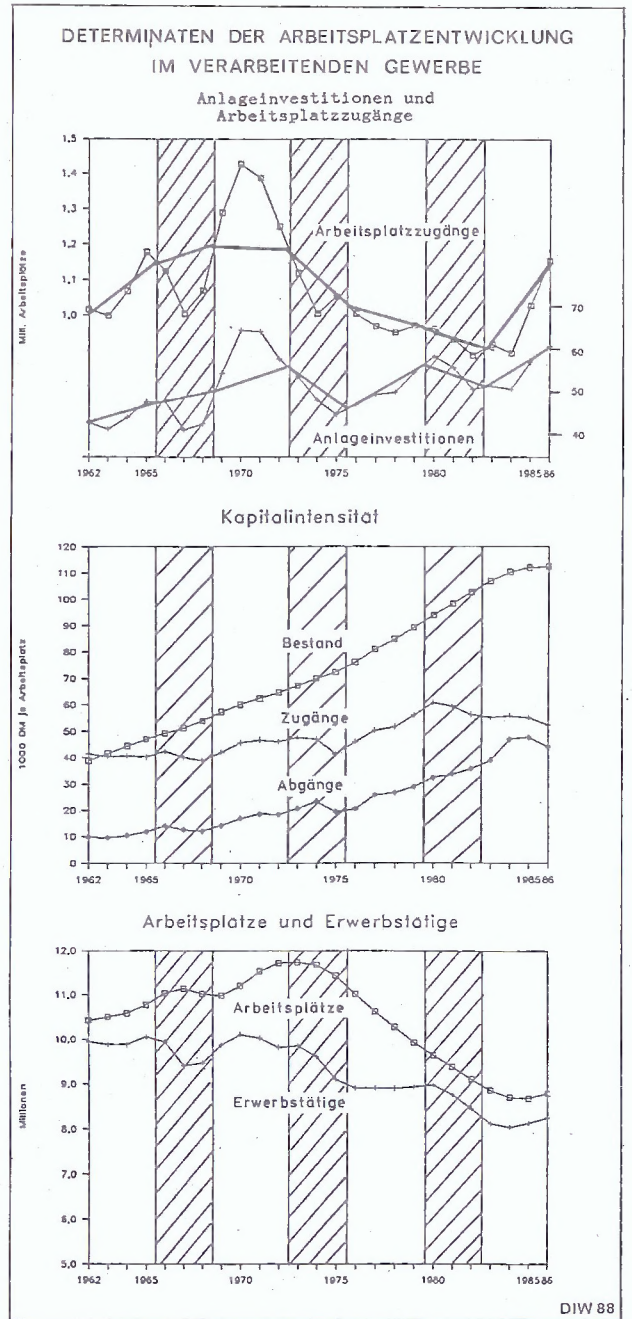
Die Zusammenhänge von Nachfrage und Produktion unter Berücksichtigung der für die deutsche Volkswirtschaft so bedeutsamen Vorleistungsverflechtung können mit Hilfe der *Input-Output-Rechnung* dargestellt werden. Dabei wird hier die Zurechnung von Vorleistungs- und Endproduktion zu den Endnachfragebereichen als Darstellungsförm gewählt. Dies zeigt, daß die Ausfuhr der einzige Endnachfragebereich ist, bei dem der direkte und indirekte Produktionsanteil im Zeitraum von 1970 bis 1984 kontinuierlich zugenommen hat — Ausdruck der weiterhin gestiegenen Exportabhängigkeit.

Ausführlich wurde das *Investitionsverhalten* mit Hilfe eines Produktionsmodells auf der Basis des *capital-vintage-Ansatzes* für rund 50 Wirtschaftszweige des Unternehmensbereiches analysiert. Damit lassen sich die Zusammenhänge zwischen Investitionstätigkeit, Produktionspotential- und Arbeitsplatzentwicklung weitaus realitätsnäher darstellen als mit Potentialrechnungen, die lediglich für den gesamten Unternehmensbereich durchgeführt werden, ohne daß nach Investitionsjahrgängen unterschieden wird.

Betrachtet man die Entwicklung für das verarbeitende Gewerbe insgesamt, so zeigt sich Anfang der achtziger Jahre bei rückläufigen Investitionen eine weitere Verbesserung der Relation von Rendite- und Lohnsatanstieg; dies hat zu einem kräftigen Anstieg der Investitionsproduktivität (Verhältnis von zusätzlichem Output zu Investitionen) und zu einer Abschwächung der Investitionsintensität (Verhältnis der Investitionen zu neugeschaffenen Arbeitsplätzen) geführt. Nach 1983 ist entgegen den früheren Verlaufsmustern bei kräftig zunehmender Investitionsproduktivität die Investitionsintensität rückläufig gewesen.

Auf den Arbeitsmarkt hat sich dies tendenziell günstig ausgewirkt: Der Trend des mit diesem Investitionspfad verbundenen Zugangs an *Arbeitsplätzen* war nach oben gerichtet. Das Dilemma einer solchen Entwicklung liegt darin, daß zwar die vergleichsweise niedrige Investitionsintensität den Arbeitseinsatz begünstigt hat, aber nur ein geringes Investitionsvolumen benötigt wurde, um das Produktionspotential den Absatzerwartungen entsprechend auszuweiten.

Betrachtet man die Auswirkungen der Zu- und Abgänge an Anlagen auf den Bestand an Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe, so wird deutlich, daß es nach 1983 per Saldo lediglich gelungen ist, den seit 1974 kontinuierlich stattfindenden Abbau von Arbeitsplätzen aufzuhalten.



Die Zahl der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe ist einmal deshalb zurückgegangen, weil weniger Arbeitsplätze neu geschaffen wurden. 1970 führte die Investitionstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe zu mehr als 1,4 Mill. neuen Arbeitsplätzen. Seit 1974 kamen meist nur noch weniger als 1 Mill. neue Arbeitsplätze jährlich hinzu. Gleichzeitig erhöhten sich die Arbeitsplatzverluste infolge von *Stilllegungen* bereits 1975 so kräftig, daß per Saldo fast 400 000 Arbeitsplätze weniger zur Verfügung standen. Der Saldo aus neu geschaffenen und ausgeschiedenen Arbeitsplätzen wurde erst 1985 wieder positiv. Die Zahl der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe hat daher zuletzt wieder leicht zugenommen.

Kapitalausstattung der Arbeitsplätze  
in DM

	Investitionsintensität			Kapitalintensität	Investitionsintensität in vH der Kapitalintensität
	1973	1980	1986		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	49 000	54 000	57 000	196 000	29
Energiewirtschaft und Bergbau	216 000	227 000	266 000	818 000	33
Energie- und Wasserversorgung	333 000	360 000	383 000	1 337 000	29
Kohlenbergbau	59 000	89 000	95 000	173 000	55
Übriger Bergbau	240 000	213 000	343 000	688 000	50
Verarbeitendes Gewerbe	36 000	49 000	44 000	112 000	39
Chem. Ind., Spalt-, Brutstoffe	65 000	89 000	79 000	212 000	37
Mineralölverarbeitung	200 000	441 000	408 000	790 000	52
Kunststoffwaren	40 000	59 000	59 000	91 000	65
Gummiwaren	26 000	48 000	38 000	98 000	39
Steine, Erden	80 000	95 000	86 000	209 000	41
Feinkeramik	30 000	23 000	18 000	63 000	29
Glasgewerbe	54 000	67 000	87 000	156 000	56
Eisenschaffende Industrie	78 000	111 000	99 000	248 000	40
NE-Metallerzeugung und -bearb.	43 000	80 000	73 000	191 000	38
Gießereien	27 000	52 000	37 000	109 000	34
Ziehereien und Kaltwalzwerke	24 000	39 000	29 000	85 000	34
Stahl- und Leichtmetallbau	28 000	24 000	26 000	73 000	36
Maschinenbau	26 000	33 000	30 000	82 000	37
Büromaschinen, ADV	59 000	88 000	106 000	198 000	54
Straßenfahrzeugbau	36 000	51 000	49 000	97 000	51
Schiffbau	25 000	36 000	36 000	121 000	30
Luft- und Raumfahrzeugbau	18 000	34 000	32 000	57 000	56
Elektrotechnik	21 000	38 000	40 000	77 000	52
Feinmechanik, Optik	14 000	22 000	20 000	46 000	43
EBM-Waren	22 000	35 000	38 000	91 000	42
Musikinstrumente, Spielwaren	26 000	31 000	36 000	61 000	59
Holzbearbeitung	54 000	50 000	61 000	177 000	34
Holzverarbeitung	21 000	20 000	18 000	74 000	24
Zellstoff- und Papiererzeugung	80 000	152 000	101 000	267 000	38
Papierverarbeitung	32 000	59 000	49 000	116 000	42
Druckerei	33 000	56 000	55 000	109 000	50
Ledergerber	12 000	15 000	15 000	84 000	18
Textilgewerbe	28 000	47 000	39 000	134 000	29
Bekleidungsgerber	10 000	9 000	8 000	41 000	20
Ernährungsgewerbe	30 000	37 000	26 000	96 000	27
Getränkeherstellung	98 000	138 000	123 000	359 000	34
Tabakverarbeitung	55 000	121 000	121 000	204 000	59
Baugewerbe	20 000	15 000	12 000	32 000	38
Bauhauptgewerbe	28 000	21 000	19 000	48 000	40
Ausbaugewerbe	6 000	5 000	5 000	14 000	36
Handel	16 000	16 000	12 000	73 000	16
Großhandel, Handelsvermittlung	22 000	21 000	18 000	84 000	21
Einzelhandel	13 000	12 000	9 000	65 000	14
Verkehr und Nachrichten	86 000	72 000	66 000	298 000	22
Eisenbahnen	97 000	74 000	72 000	591 000	12
Schifffahrt, Häfen	280 000	328 000	550 000	601 000	92
Übriger Verkehr	59 000	51 000	37 000	162 000	23
Deutsche Bundespost	79 000	85 000	95 000	270 000	35
Kreditinstitute und Versicherungen	17 000	24 000	23 000	150 000	15
Kreditinstitute	21 000	28 000	29 000	138 000	21
Versicherungsunternehmen	9 000	13 000	13 000	175 000	7
Sonstige Dienstleistungen	35 000	66 000	81 000	197 000	41
Gastgewerbe, Heime	10 000	11 000	9 000	57 000	16
Bildung, Wissensch., Kultur	72 000	93 000	140 000	343 000	41
Gesundheits- und Veterinärw.	50 000	74 000	103 000	207 000	50
Übrige Dienstleistungen	42 000	84 000	118 000	241 000	49
Unternehmen o. Wohnungsvermietung	37 000	44 000	45 000	148 000	30
darunter:					
Produktionsunternehmen	38 000	45 000	46 000	148 000	31

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen, 1986 geschätzt.

Bleiben die Absatzerwartungen so verhalten wie bisher, so ist damit zu rechnen, daß wieder verstärkt arbeitssparende Investitionen getätigt werden und es damit zu technisch bedingten Steigerungen der Arbeitsproduktivität kommt. Sind diese größer als die Einkommenswirkungen des Investitionsprozesses, so ist wieder mit einem Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze mit negativen Auswirkungen auf das Beschäftigungsniveau zu rechnen.

Veränderte Investitionsmotive wirken sich auch auf die *Struktur der Investitionsgüternachfrage* aus. Der Anteil der Maschinenbauerzeugnisse an den gesamten Ausrüstungsinvestitionen ist kontinuierlich zurückgegangen. Expandiert haben dagegen die Investitionen in elektrotechnische Erzeugnisse und vor allem in Büromaschinen und ADV-Geräte und -Einrichtungen. Kontinuierlich zurückgegangen ist der Anteil der Bauten an den gesamten Anlageinvestitionen des Unternehmensbereiches. Besonders stark war der Rückgang im verarbeitenden Gewerbe.

Berechnet man die Anteile der jeweils letzten Investitionsjahrgänge am Bruttoausrüstungsvermögen, so erhält man einen Indikator für die zeitliche Entwicklung des Modernisierungsprozesses in den Branchen. Daraus ergibt sich, daß die Produktionsunternehmen 1986 die Intensität ihrer Modernisierung gegenüber 1980 erhöht, gegenüber 1973 aber verringert haben.

Vergleicht man die Kapitalausstattung der Arbeitsplätze in den Wirtschaftszweigen, so muß unterschieden werden zwischen dem durchschnittlichen Kapitaleinsatz an bestehenden Arbeitsplätzen (durchschnittliche Kapitalintensität) und dem Investitionsbedarf für neue Arbeitsplätze (Investitionsintensität). Für das Verhältnis dieser beiden Kennziffern spielt die unterschiedliche Güterstruktur des Bestandes im Vergleich zu den Zugängen eine wesentliche Rolle. Im Anlagenbestand haben Investitionsgüter mit langer Nutzungsdauer, die in Produktionsprozessen mit vergleichsweise hoher Kapitalintensität eingesetzt werden, ein viel stärkeres Gewicht als bei den Zugängen, die stark geprägt sind durch kurzlebige und zumeist auch arbeitsintensivere Investitionsgüter, die schneller wieder aus dem Produktionsprozeß ausscheiden. Aus diesem Grund ist gegenwärtig die durchschnittliche Kapitalintensität in allen Wirtschaftszweigen größer als die Investitionsintensität.

Anders als in den meisten Wirtschaftsbereichen zeigt sich bei den übrigen Dienstleistungen eine Parallelität des Anstiegs der Gewinne und der Investitionen. Zu einem nicht unbedeutenden Teil ist diese überdurchschnittliche Expansion von Gewinnen und Investitionen auf organisatorische Änderungen zurückzuführen. Aus Gründen einer Verminderung des Haftungsrisikos und der Gewinnung einer größeren Flexibilität wird vielfach Kapitalhaltungsgesellschaften als eigenständigen Unternehmen im Rahmen von Konzernen die Disposition über Gewinne und Investitionen übertragen. Diese Gesellschaften vermieten die Anlagen an Produktionsgesellschaften des verarbeitenden Gewerbes. Gleichzeitig

obliegt ihnen die Finanzierung der Produktionsprozesse durch Bereitstellung von Krediten. Das quantitative Gewicht dieses Prozesses wird deutlich, wenn man die Entwicklung der Aufwendungen für Mieten und Pachten im verarbeitenden Gewerbe im Vergleich zu der Entwicklung der Investitionsausgaben betrachtet. Dieser Prozeß ist umfassender als das unter dem Begriff „Leasing“ beschriebene veränderte Investitionsverhalten der Unternehmen.

Auch wenn die *regionale Dimension* des Strukturwandels bisher in der Strukturberichterstattung weitgehend ausgeblendet ist, zeigt sich, daß es sowohl für Problembranchen als auch für die Vorreiter des Strukturwandels ausgeprägte regionalspezifische Entwicklungsmuster gibt, die für den Strukturwandel ein größeres Gewicht haben als etwa die Zuordnung zu Unternehmensgrößenklassen. Die ungelösten Probleme der Gemeindefinanzen beeinflussen die Rahmenbedingungen ebenso wie den sektoralen Strukturwandel. Ein Beispiel hierfür ist die Altlastensanierung. Es wäre nur konsequent, wenn mit der Verankerung des Schutzes der Umwelt als eines Grundrechts auch eine grundgesetzliche abgesicherte Finanzierungsregelung für den Abbau regionaler Disparitäten in der Umweltbeeinträchtigung gefunden werden könnte.

Eine Analyse der Beschäftigungsentwicklung nach Sektoren und nach Raumordnungsregionen macht deutlich, daß es zur Erklärung des Strukturwandels oft nicht hinreicht, die bundesdurchschnittliche Entwicklung von Branchen allein zu betrachten. Bestätigt wird auch umgekehrt, daß es nur in Grenzen möglich ist, aus der bundesdurchschnittlichen Entwicklung von Branchen und dem Gewicht dieser Branchen in den Regionen auf die regionale Entwicklung zu schließen.

### Strukturwandel und Arbeitsmarkt

Seit über einem Jahrzehnt herrscht in der Bundesrepublik hohe Arbeitslosigkeit. Sie verharrt seit Beginn des jetzigen Aufschwungs im Jahr 1983 bei mehr als zwei Millionen. Offenbar reichte die wirtschaftliche Dynamik nicht aus, das vorhandene Erwerbspotential zu nutzen. Wachstumsspielräume wurden verschenkt. Der Rückgang der Erwerbstätigenzahl seit 1980 ist bis 1985 vor allem der schwachen Entwicklung der inländischen Endnachfrage zuzurechnen. Dagegen hat in diesem Zeitraum die ausfuhrinduzierte Beschäftigung meistens — mit Ausnahme von 1983 — kompensierend gewirkt. 1986 schlugen wieder positive Beschäftigungseffekte der inländischen Endnachfrage zu Buche, während beim Export ein Rückgang zu beobachten ist.

Aus der Tatsache, daß Anfang der achtziger Jahre die Beschäftigungseinbußen, die hauptsächlich dem effizienteren Einsatz der Beschäftigten zugerechnet werden können, sehr viel größer waren als die positiven Beschäftigungswirkungen der Nachfrage, kann freilich nicht der

Wachstumstempo, Produktivitätsfortschritte und Beschäftigung in den Wirtschaftszweigen 1980 bis 1986

Produktivität <sup>2)</sup>	stark	Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen		durchschnittlich	Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen		schwach	Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	
		Index 1980=100	in 1000 Personen		Index 1980=100	in 1000 Personen		Index 1980=100	in 1000 Personen
stark	Landwirtschaft	94	- 93	Straßenfahrzeugbau Bildung, Wissenschaft Übrige Dienstleistungen	101	+ 6	Kreditinstitute	111	+ 59
	Kunststoffwaren	110	+ 22		111	+ 27			
	NE-Metalle- u.-verarb.	94	- 5		114	+ 174			
	Büromaschinen, ADV	126	+ 20						
	Luft- u. Raumfahrzeugbau	113	+ 7						
	Elektrotechnik	99	- 14						
	Holzbearbeitung	82	- 11						
	Zellstoff- u. Papiererzeugung	98	- 17						
	Deutsche Bundespost	104	+ 20						
	Versicherungsunternehmen	102	+ 3			+ 207			
								+ 59	
durchschnittlich	Papierverarbeitung	87	- 1	Chemie Handel	99	- 7	Maschinenbau Übriger Verkehr Gesundheitswesen	97	- 32
					95	- 179		105	+ 29
			- 1			- 186		117	+ 84
								+ 81	
schwach	Glasgewerbe	84	- 14	Übriger Bergbau Mineralölverarbeitung Druckerei Bauhauptgewerbe Gummiwaren	94	- 1	Energie-u. Wasservers. Kohlenbergbau Steine, Erden Feinkeramik Eisenschaffende Ind. Gießereien Ziehereien, Kaltwalzw. Stahl- u. Leichtmetallbau Schiffbau Feinmechanik, Optik EBM-Waren Musikinstr., Spielw. Holzverarbeitung Ledergewerbe Ernährungsgewerbe Ausbauergewerbe Schifffahrt, Häfen Gastgewerbe, Heime	104	+ 10
	Textilgewerbe	75	- 84		82	- 7		90	- 21
	Bekleidungs-gewerbe	76	- 77		91	- 19		79	- 50
	Getränkherstellung	83	- 21		80	- 269		83	- 10
	Tabakverarbeitung	77	- 6		92	- 10		74	- 81
	Eisenbahnen	85	- 55					86	- 18
								95	- 14
								84	- 30
								74	- 15
								89	- 26
								96	- 13
								91	- 9
								79	- 77
								70	- 37
								90	- 80
					91	- 67			
					84	- 12			
					106	+ 46			
							- 504		

1) Durchschnittliche jährliche Veränderungs-raten der Bruttowertschöpfung zu Preisen von 1980 zwischen 1,1 und 2,1 vH.— 2) Durchschnittliche jährliche Veränderungs-raten der Bruttowertschöpfung zu Preisen von 1980 je Erwerbstätigen zwischen 1,8 und 2,8 vH.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen des DIW.

Schluß gezogen werden, daß eine Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts den Arbeitsmarkt entlasten würde. Denn in offenen Volkswirtschaften und bei internationaler Arbeitsteilung sind Produktivitätszuwächse vielfach erst die Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und Produktionswachstum. Insgesamt läßt sich zwischen sektoraler Produktivitätsentwicklung und sektoralen Wachstum eine positive Korrelation feststellen, auch wenn in einer Reihe von schrumpfenden Wirtschaftszweigen überdurchschnittlich hohe Produktivitätssteigerungen erreicht worden sind (Textil, Bekleidung, Getränke u.a.). Dagegen ist der Zusammenhang zwischen Produktivitäts- und Erwerbstätigenentwicklung auf sektoraler Ebene nur schwach ausgeprägt. Überdurchschnittliche ebenso wie unterdurchschnittliche Produktivitätsfort-

schritte können infolgedessen sowohl mit einer Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen als auch mit einer Abnahme verbunden sein. Mit wenigen Ausnahmen haben allerdings alle schwach wachsenden bzw. schrumpfenden Branchen bei unterdurchschnittlicher Produktivitätsentwicklung Beschäftigungsverluste hinnehmen müssen.

In der Entwicklung der Arbeitsproduktivität als eines partiellen Produktivitätsmaßes kommt eine sich schematischen Bewertungen entziehende Vielfalt von Faktoren zum Ausdruck. Keineswegs eindeutig sind auch die Wirkungen der mehr oder minder direkt mit der Einführung neuer Technologien verbundenen Prozeß- und Produktinnovationen auf die Beschäftigung. So verzeichnen zwar innovations- und produktivitätsstarke Branchen, wie Büro-

maschinen, ADV und Straßenfahrzeugbau, tendenziell eine Zunahme der Beschäftigung; inwieweit aber diese Zunahmen durch Beschäftigungsrückgänge bei Anwendern dieser Innovationen, bei konkurrierenden Sektoren oder durch intersektorale Produktsubstitution wieder zu nichte gemacht werden, ist offen.

In der strukturpolitischen Diskussion findet der Strukturwandel zu den *Dienstleistungen* eine steigende Beachtung. Das DIW hat hierzu eine gesonderte Untersuchung vorgelegt. Stellt man auf die Beschäftigungsentwicklung ab, so hat sich die Beschäftigtenstruktur deutlich zugunsten der Dienstleistungen verschoben. Die Beschäftigungseinbrüche im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe waren aber weit höher, als es mit einem gleichgewichtigen Strukturwandel vereinbar gewesen wäre. Dies konnte der Dienstleistungssektor nicht ausgleichen. Zudem sind einige tertiäre Bereiche wie Handel, Verkehr und andere unternehmensbezogene Dienstleistungen in ihren Wachstumsbedingungen von der Entwicklung des sekundären Sektors unmittelbar betroffen. Hinzu kommt, daß expansive Dienstleistungsbereiche wie Versicherungen und Bundespost hohe Produktivitätsfortschritte realisiert und damit kaum zu einer Kompensation von Beschäftigungsrückgängen in anderen Wirtschaftszweigen beigetragen haben. Von einer Expansion des großen Bereichs der übrigen Dienstleistungen allein ist keine durchgreifende Kompensation zu erwarten. Auch im Bildungs- und Gesundheitswesen — ob im privaten oder im staatlichen Bereich — haben sich die Zuwachsraten der Beschäftigung abgeschwächt. In erster Linie waren es Schwierigkeiten bei der Bewältigung des Strukturwandels und die eingeschränkten gesamtwirtschaftlichen Expansionspielräume, die zu einer unbefriedigenden Beschäftigungsentwicklung geführt haben: Die Beschäftigungsrückgänge in den zentralen warenproduzierenden Bereichen sind zu hoch und die Beschäftigungsgewinne des Dienstleistungssektors zu gering ausgefallen.

Häufig wird angesichts der gestiegenen Arbeitslosigkeit vorgebracht, eine stärkere als die tatsächliche *Lohn-differenzierung* hätte einen Teil der Arbeitslosigkeit verhindern können und eigne sich auch als Strategie zur Reduktion von Arbeitslosigkeit. Den Befürwortern einer solchen Strategie kommt es vor allem auf eine Vergrößerung des Lohngefälles am unteren Rande des Spektrums an, d.h. auf eine relative Lohnsenkung für niedrige Qualifikationen bzw. für schrumpfende Branchen. Die Vermutung einer positiven Beschäftigungswirkung einer solchen Strategie läßt sich schon theoretisch nicht ohne eine ganze Reihe von vereinfachenden Annahmen stützen. Auch empirische Befunde zeigen, daß einfache Beziehungen zwischen Lohnsatzsteigerung und Beschäftigungsentwicklung sicherlich nicht bestehen. Die Befunde zeigen auch, daß sich die Zusammenhänge bei Unterbeschäftigung anders als bei Vollbeschäftigung darstellen. Der Variationskoeffizient der Stundenlohnsatzänderungen ist von 1973 bis 1983 deutlich gestiegen. Dies

deutet darauf hin, daß die zunehmende Arbeitslosigkeit zu einer stärkeren Differenzierung der sektoralen Lohnstruktur beigetragen hat. Die größere Streuung der Lohnsatzänderungen hat allerdings nicht verhindert, daß sich die Anzahl der Branchen mit stärkeren negativen Beschäftigungsveränderungen erhöht hat.

Auch die Differenzierung nach der Qualifikation der Arbeitnehmer hat zugenommen. Die Unterschiede in der Bezahlung zwischen den Leistungsgruppen sind von 1970 bis 1985 eher größer als kleiner geworden. Die Daten lassen jedenfalls eine forcierte „Sockelpolitik“ der Gewerkschaften nicht erkennen. Die eindeutige Tendenz zur Zunahme der Differenzierung von 1980 bis 1985 kann auch Folge der hohen Arbeitslosigkeit gewesen sein. Von ihr waren untere Gruppen besonders betroffen, so daß hier ein nicht unerheblicher Druck auf die Gehälter entstand.

Eine Strategie verstärkter Lohndifferenzierung zur fühlbaren Entlastung des Arbeitsmarktes erscheint wenig erfolgversprechend, da sie letztendlich den Strukturwandel behindert. Bei Vollbeschäftigung wäre für eine Wirtschaft wie die der Bundesrepublik eine Konservierung wachstumsschwacher Branchen keine zukunftsgerichtete Strategie. Bei Unterbeschäftigung können temporär andere Überlegungen eine Rolle spielen. Aber auch hier wären relative Lohnsenkungen am unteren Rand des Spektrums zwar eine gewisse Abfederung für wirtschaftliche Problembranchen, würden aber kaum positive Beschäftigungswirkungen bringen.

Der Wandel in der Qualifikations- bzw. *Berufsstruktur* war deutlich stärker, als es in der sektoralen Veränderung der Erwerbstätigenzahlen zum Ausdruck kommt. Auch die zunehmende Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung wird in beruflicher Dimension deutlicher als in sektoraler Dimension. In vielen Berufen ist der Rückgang bei den Vollbeschäftigten durch eine Zunahme der Teilzeitbeschäftigung kompensiert worden. Bei den Zugängen im Teilzeitbereich kann es sich zum Teil um dieselben Personen handeln, die damit eigenem Wunsch folgen oder sich drohender Entlassung entziehen.

Die *Arbeitslosigkeit* hat nicht nur einzelne Branchen, sondern noch deutlicher bestimmte Berufe und Qualifikationen erfaßt. Bei den Berufen waren es vor allem Fertigungsberufe, allerdings mit Ausnahme solcher mit Dienstleistungscharakter (Mechaniker, Elektriker, Schlosser u.a.). Dagegen waren die Fertigungsberufe, die von der wirtschaftlichen Lage des Baugewerbes abhängen, in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen. Eine relativ günstige Beschäftigungsentwicklung weisen die technischen Berufe auf.

Seit 1980 werden auch in Dienstleistungsberufen, die generell eine günstigere Beschäftigungsentwicklung aufweisen, nicht oder wenig qualifizierte Arbeitskräfte freigesetzt. Dies traf Frauen stärker als Männer. Bis Mitte der achtziger Jahre haben sich die Anteile an der Arbeitslo-

sigkeit deutlich zuungunsten der beruflich nicht Qualifizierten verschoben.

Trotz der positiven Wirkungen der Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit hat die Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen — demographisch bedingt — deutlich zugenommen. Dennoch waren ihre Arbeitsmarktchancen besser als die der älteren Arbeitslosen. Unter Langzeitarbeitslosigkeit hatten neben den Älteren auch die Problemgruppen der Nichtausgebildeten und der Schwerbehinderten zu leiden.

Insbesondere die Entwicklung der *Langzeitarbeitslosigkeit* und der *Mehrfacharbeitslosigkeit* zeigen, daß das anhaltende Überschußangebot am Arbeitsmarkt zu Auswahlprozessen geführt hat, in denen als weniger geeignet eingestufte Arbeitskräfte ausgesiebt worden sind. Insgesamt gab es Mitte 1986 mehr als 650 000 Langzeitarbeitslose.

samt gab es Mitte 1986 mehr als 650 000 Langzeitarbeitslose.

Die Betroffenheit durch *Mehrfacharbeitslosigkeit* wird in längerfristiger Betrachtung deutlich. Eine Sonderauswertung des Sozio-ökonomischen Panels zeigt, daß Personen, die 1985 immer noch oder erneut arbeitslos waren, im Zeitraum von 1974 bis 1984 siebenmal so häufig arbeitslos gewesen sind, wie der Durchschnitt aller abhängig Beschäftigten. Auch bei der kumulierten Dauer der Arbeitslosigkeit ergeben sich gravierende Unterschiede. Bei Personen, die sowohl 1984 als auch 1985 arbeitslos gemeldet waren, betrug die kumulierte Dauer knapp 22 Monate, gegenüber etwas mehr als 12 Monaten im Durchschnitt. Im Unterschied dazu betrug sie bei denen, die zum Befragungszeitpunkt beschäftigt waren, durchschnittlich nur rund 1 1/2 Monate.

**Determinanten der Arbeitsmarktbilanz**  
1 000 Personen

	Bestand				Veränderungen					
					Insgesamt			im Jahresdurchschnitt		
	1960	1973	1980	1986	60-73	73-80	80-86	60-73	73-80	80-86
Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren	37 700	39 510	40 830	42 740	1 810	1 320	1 910	140	190	320
Männer	17 600	19 260	20 250	21 420	1 660	990	1 170	130	140	195
Frauen	20 100	20 250	20 580	21 320	150	330	740	10	50	125
Erwerbspersonenpotential	26 380	27 210	27 790	29 100	830	580	1 310	65	85	220
Männer	16 560	17 140	17 190	17 640	580	50	450	45	10	75
Frauen	9 820	10 070	10 600	11 460	250	530	860	20	75	145
Deutsche	26 080	24 690	25 490	26 920	-1 390	800	1 430	-105	115	240
Ausländer	300	2 520	2 300	2 180	2 220	- 220	-120	170	-30	-20
Nichtbeschäftigtes Erwerbspersonenpotential	320	360	1 510	3 360	40	1 150	1 850	5	165	310
Deutsche	320	340	1 330	2 920	20	990	1 590	·	140	265
Ausländer	-	20	180	440	20	160	260	·	25	45
Registrierte Arbeitslose	270	270	890	2 230	0	620	1 340	-	90	225
Stille Reserve	50	90	620	1 130	40	530	510	5	75	85
Erwerbstätige	26 060	26 850	26 280	25 740	790	- 570	- 540	60	- 80	- 90
Deutsche	25 760	24 350	24 160	24 000	-1 410	- 190	- 160	110	- 25	- 25
Ausländer	300	2 500	2 120	1 740	2 200	- 380	- 380	170	- 55	- 65
Selbständige										
u. mith. Familienangeh.	5 990	4 020	3 320	3 300	-1 970	- 700	- 20	-150	-100	- 5
Beschäftigte Arbeitnehmer	20 070	22 830	22 460	22 440	2 760	130	- 520	210	20	- 85
Landwirtschaft	3 580	1 920	1 440	1 350	-1 660	- 480	- 90	-125	- 70	- 15
Warenproduzierendes Gewerbe	12 500	12 720	11 590	10 520	220	-1 130	-1 070	15	-160	-175
Tertiärer Sektor	9 980	12 210	13 250	13 870	2 230	1 040	620	170	150	100
Unternehmensbereiche des tertiären Sektors	7 120	8 140	8 550	8 770	1 020	410	220	80	60	35
Selbständige										
u. mith. Familienangeh.	1 910	1 630	1 500	1 620	- 280	- 130	120	- 20	- 20	20
Beschäftigte Arbeitnehmer	5 210	6 510	7 050	7 150	1 300	540	100	100	80	15
Staat	2 100	3 370	3 900	4 140	1 270	530	240	95	75	40
Org. ohne Erwerbzw., priv. H.	760	700	800	960	- 60	100	160	- 5	15	25

Quelle: Statistisches Bundesamt und Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des DIW.

Zieht man eine *Arbeitsmarktbilanz*, so hängen Höhe und Entwicklung der Ungleichgewichte auf den Arbeitsmärkten nicht nur von der Nachfrage nach Arbeitskräften, sondern auch davon ab, wie sich das Angebot an Arbeitskräften entwickelt. Seit 1970 hat die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schneller zugenommen als das Erwerbspersonenpotential, da die Erwerbsbeteiligung per Saldo abgenommen hat. Ohne die längere Verweildauer der Jugendlichen im Bildungssystem und ohne die Inanspruchnahme der gesetzlich erweiterten Möglichkeiten für einen früheren Rentenbeginn wäre die Zahl der Arbeitslosen deutlich höher gewesen. Tendenziell mildernd dürfte sich auch die Bereitschaft der Erwerbsbevölkerung ausgewirkt haben, flexible Arbeitszeitregelungen einzugehen. Angesichts dieser ersichtlichen Flexibilität des Arbeitsangebots wiegt umso schwerer, daß es dennoch zu keinem Abbau der erschreckend hohen Arbeitslosigkeit gekommen ist.

Von 1973 bis 1980 nahm das Erwerbspersonenpotential mit rund 85 000 Personen pro Jahr nicht viel schneller zu als in den sechziger Jahren (65 000). Dagegen kehrte sich der bis dahin nach oben gerichtete Trend der Beschäftigung um: Im Durchschnitt verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen in der Periode von 1973 bis 1980 um 80 000 jährlich. In den Jahren nach 1980 verschärften sich die Arbeitsmarktprobleme erneut. Da es nicht gelang, den Trend der Beschäftigten auf Dauer umzukehren, war eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit vorprogrammiert: Das — auf Jahresbasis gerechnet — etwa zweieinhalb mal so schnell wie in der Vorperiode zunehmende Erwerbspersonenpotential hätte nur absorbiert werden können, wenn es gelungen wäre, die wirtschaftliche Entwicklung auf dem in den Jahren 1976 bis 1979 erreichten Wachstumspfad zu stabilisieren. So aber hat sich die Zahl der Arbeitslosen von 0,9 Mill. (1980) auf mehr als 2,2 Mill. im Jahre 1986 erhöht.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33  
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00  
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner,  
Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Peter Ring, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dr. Bernhard Seidel.

*Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum.* Bearbeitet vom Arbeitskreis Strukturberichterstattung des DIW.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.